

Stadt Oberhausen	Drucksachen-Nr. B/17/1899-01	Termin 04.05.2022	Rat der Stadt		
<u>Beschlussvorlage</u>			öffentlich		
Termin	Gremium	Vorlage zur*	Ergebnis	Beschluss- kontrolle*	
04.05.2022	Jugendhilfeausschuss	V			
09.05.2022	Haupt- und Finanzausschuss	V			
20.06.2022	Rat der Stadt	B			

Beratungsgegenstand

Zustimmung zur Leistung einer überplanmäßigen Auszahlung im Deckungsring Jugend für das Haushaltsjahr 2022 – Inanspruchnahme von Rückstellungen

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt Oberhausen stimmt der Leistung von überplanmäßigen Auszahlungen in Höhe von 722.000,00 EUR im Finanzplan 2022 bei dem Produkt 060502 „Amtsvormundschaft, -pflegschaft, -beistandschaft“ zu.

Auswirkungen auf den Ergebnisplan ergeben sich nicht.

Finanzposition	Bezeichnung	Betrag
730000	Transferauszahlungen	722.000 EUR

Deckungsvorschlag:

Verschlechterung des Saldos aus laufender Verwaltungstätigkeit.

Bereichsleiterin Bereich 3-1	Dezernent Dezernat 3	Kämmerer	Oberbürgermeister
Frau Ridders	Herr Schmidt	Herr Tsalastras	Herr Schranz
Datum 06.04.2022	Datum 08.04.2022	Datum 12.04.2022	Datum 14.04.2022
* Vorlage zur: Anhörung (A) Kenntnisnahme (K) Vorberatung (V) Beschlussfassung (B)	* Ergebnis : Zustimmung (Z) Ablehnung (A) Änderung (Ä) Anhörung vollzogen (AV) Kenntnisnahme (K)	Beschlusskontrolle: Ja oder nein	Beteiligung: Personalrat [] Gleichstellungsstelle []

Stadt Oberhausen	Drucksachen-Nr. B/17/1899-01	Termin 04.05.2022	Rat der Stadt
-----------------------------	---	------------------------------	----------------------

Konsequenzen

a) Finanzielle

keine ☐

ja ☒

b) Sonstige

Begründung

In der Ergebnisrechnung 2021 wurde eine Rückstellung (Rückstellungsnummer 103) in Höhe von 722.000,00 EUR für den Deckungsring Jugend gebildet. Die Rückstellung war notwendig, da im Aufgabengebiet Unterhaltsvorschusskasse noch Anträge aus den vergangenen Jahren zu bewilligen sind. Überwiegend handelt es sich um Anträge, für die ein Erstattungsanspruch vom Jobcenter Oberhausen vorliegt. Es erfolgt eine laufende Bearbeitung der Anträge.

Die Ansprüche der noch zu bearbeitenden Anträge summieren sich für das Jahr 2021 auf 722.000,00 EUR.